

11. Eine monatliche Kündigung ist vereinbart. Erfolgt von beiden Seiten eine Kündigung nicht, so gilt er jeweils ein Jahr weiter.

Mannheim, den 12. Dezember 1905.

Für Arbeitgeber:

U. Deymann.

Für den Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, Geschäftsstelle Mannheim:

A. Gräble, Joh. Schneider, Paul Kerschstein.

Vertretung und Regelung der Arbeitszeit hat der Tarif für alle Kategorien gebracht, ebenfalls Erhöhung der Löhne und der Ueberlöhne und die sonstigen Bestimmungen unter allgemeiner Bestimmung. Vor allen Dingen aber wertvoll ist die Anerkennung der Organisation und Zulassung der Kommission zu Unterhandlungen.

Gegen letzteres haben sich die Brauherrn so arg geäußert, und haben wir ja auch in den Brauereien seit Abschluß des Tarifes viel mehr zu kämpfen als vorher. Es wird auf jede Art und Weise versucht, die einzelnen Paragraphen zu umgehen und Änderungen unter die Arbeiter zu bringen. Die Kollegen werden sich nicht irren lassen; nur eine kräftige Organisation ist imstande, diesen Schlägen Einhalt zu tun und unsere Rechte zu wahren, das wissen die Kollegen. Und auch die Kollegen von G. Hermann werden treu zu ihrer Organisation halten, die ihnen diese Verbesserung gebracht hat, das nächste Mal wird es möglich sein, nachzugehen, was wir gewollt.

Korrespondenzen.

Angsbürg. In unserer letzten Versammlung waren auch 2 arbeitslose Kollegen anwesend, denen das Sammelgeld erlaubt wurde. Nach der Versammlung hat einer derselben, Brauer J. J. aus Neustadt, Verbandsbuch 5638, auf die Vorstandskasse, auf das „Beitragsgeld“ geschimpft. Der Vorstand hätte überhaupt keinen Wert usw., trotzdem er 2 1/2 Jahre organisiert und schon zum zweitenmal ausgetreten ist. Im Brauererwerb hat er mit dieser Angelegenheit einen großen Schaden gemacht. — Andere Jahrestellen können sich demnach vorfolgenden Verordnungen hüten.

Wiesfeld. Versammlung vom 30. Dezember. Bemängelt wurde das Fehlen der Beiträge. Es hat darin in der letzten Zeit eine recht erhebliche Summe Platz gegriffen und wurden die betreffenden Kollegen ermahnt, ihren Pflichten besser nachzukommen. Auch der Besuch der Versammlungen läßt viel zu wünschen übrig. Es scheint, als ob viele von den Mitgliedern den Verband nur als Mittel zum Zweck betrachten, und nur dann die Versammlungen besuchen, wenn sie den Verband gebrauchen. Kollegen, legt mit dem alten Jahre diese Dinge ab und helfe alle mitarbeiten an dem Ausbau unserer Organisation. Nachdem der Kartelldelegierte den Bericht gegeben, nahm der Kartelldelegierte wie gewöhnlich den größten Teil unserer Tagesordnung ein. Hauptsächlich hörte das öffentliche Thema auf. Dies ist unser innigster Wunsch im neuen Jahre.

Straßburg. In unserer Versammlung am 3. Januar hatten wir drei Redaktionen zu verzeichnen. Dieselbe war mäßig besucht und wäre wünschenswert, daß die Mitgliederversammlungen, die nur monatlich einmal stattfinden, regelmäßig besucht werden. Das kollektive Leben löst leider auch noch viel zu wünschen übrig, es wäre wünschenswert, daß im Interesse der gesamten Jahrestelle, daß die Brauereien endlich unterbitten. Straßburg sei noch, daß die Abend-Jour auf der Brauerei Steinhilber abgehe, die Arbeitszeit bei Schichtwechsel der Brauerei, Maßregeln und Feiertage reduziert ist.

Worms. Protest gegen die Biersteuer erhob am 7. Januar ein sehr fleißig besuchte Versammlung der Brauereiarbeiter. Das Komitee hatte Reichstagsabgeordneter D. Stöcklin als Referenten. Der Referent griff das Verhalten des Birtes vom 8. September, der in letzter Stunde sein Sozialverweigerer, und bemerkt dann zur Sache selbst: Neben dem Tabak ist es vor allen Dingen das Bier, dem die Regierung seit Jahren ihr ganz besonderes Augenmerk zuwenden. Reichlich hat man schon zu sehen, aus dem Bier höhere Steuern herauszuschlagen, fast hat für der Reichstag abgelehnt verhalten. Diesmal steht die Sache fester. Das Bier befindet sich in einer sehr kritischen Situation, die Steuern, die jetzt bereits 2 1/2 Milliarden Mark betragen, vermehren sich unheimlich schnell, seit Jahren bereits ist das Bier nicht mehr in der Lage, seine Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu decken. Um aus diesem unheilvollen Zustand herauszukommen, gibt es nur zwei Wege, entweder man beschneidet die Ausgaben des Birtes, oder man schneidet den Steuern. Sparen will man im Reichsland nicht, folglich bleibt nur der andere Weg übrig und den hat die Regierung betreten. Unter den neuen Steuern befindet sich auch die Biersteuer, die den Ertrag von 31 Millionen Mark auf 70 Millionen gesteigert werden soll. Wundert man hierzu die Reichsregierung durch den verdoppelten Gesamtzoll, so ergibt sich für die Brauerei in den Norddeutschen Brauereiarbeiter eine sehr hohe Abgabe von 80 bis 90 Millionen Mark. Es müßte nun die Frage, wie diese Mehrbelastung auf die Arbeiter wirkt. Für den gefährdeten Profit der Abweiser einigermassen, haben wir aber kein minderes Ansehen. Wenn wir noch irgendwas gegen die Erhöhung der Biersteuer werden, so deshalber, weil wir prinzipiell die Steuer jeder einzelnen Steuer sind. Das Bier soll seine Beiträge aus direkten Steuern decken, dann auch die folgende Frage: können wir, wie fähig für den Gehalt der Biersteuer den Reichsland. Die Biersteuer würde ohne Zweifel auf die Birte und vor diesen, ebenso auf andere, auf das Publikum abgewälzt werden. Damit würde man aber ein Sozialverweigerer werden, wodurch dann der Sozialpagel gestiegen würde. Einem solchen Zustand wollen wir uns nicht unterwerfen lassen. Die Brauereiarbeiter werden aber noch besonders getroffen. Wenn auch die Brauereiarbeiter die neue Belastung abwälzen wird, so wird sie doch, wenn die Arbeiter keine Arbeitsbedingungen wollen, beschleunigt mit dem Bierpreis auf die neuen Steuern. Die Brauerei kommt eine ganz erhebliche Erhöhung der Preise an den Arbeiter, eine Erhöhung ihres Existenzkampfes. In dem er gestiegen worden, angeblich um die neuesten Preise zu zahlen. In Wirklichkeit wird aber noch der Ertrag der Brauerei des Reichslandes der Brauerei Brauereiarbeiter nicht abgeleitet, sondern sogar noch beschleunigt. Damit aber die neue Brauereiarbeiter frohlocken, denn die Sozialverweigerer werden ihre Praxissen noch erhöhen können, ohne eine wirkliche Erhöhung des Personal. In dem neuen Sozialverweigerer liegt schon eine große Gefahr für die Brauerei. Letzteres muß angestrebt werden. Das Bier muß ein höheres Stück der Sozialverweigerer werden. Mit dem Vertreter des Reichstages über Protesten solchen mit dem alten Ertrag, Kopfen und Hals, Gott erhalte, so sagen wir einem Deutschen. Wieder mit dem Sozialverweigerer. — Eine Resolution schloß sich an dem mit dem Reichstages Sozialverweigerer Vortrag nicht an. Nach dem Vortrag einer Protestresolution forderte der Vorsitzende in seinem Wort zum Schluß in dem Brauereiarbeiterverband auf, sowohl die Brauereiarbeiter mit einem Brauereiarbeiter auch die Organisation geschlossen wurde.

Worms. Am 11. Dezember fand eine Protestversammlung statt, welche sich mit der Erhöhung der Brauereiarbeiter befaßte. Der Reichstagsabgeordnete E. Hermann als Referent befaßte sich im großen Zügen mit der deutschen Wirtschaft sowie die im Reichstag gefasste Entscheidung der Brauerei- und Tabaksteuer. Der Referent betonte, daß seit 1872 von Seiten der Regierung

wiederholt der Versuch unternommen ist, eine Erhöhung der Brauereiarbeiter herbeizuführen, während die Mehrheit der Reichstages sich ablehnend verhalten, doch könne jetzt noch nicht beurteilt werden, ob sich für diese Vorlage eine Mehrheit finden werde. Die sozialdemokratische Fraktion werde ihr möglichstes tun, um diesen Entwurf, welcher ein Unglück für die Brauereiarbeiter bedeute, zum Scheitern zu bringen. Nach kurzer Diskussion wurden die Resolutionen des Hauptvorstandes einstimmig angenommen. Nach einem Appell, die Arbeiterpresse zu abonnieren, um bei der demnächst aufzunehmenden Statistik ein befriedigendes Bild zu erhalten, sowie einer Ermahnung, auch im neuen Jahre Mann für Mann für die Ausbreitung unserer Organisation Sorge zu tragen, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Erfangen. Am 7. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Aus dem Vorstandsbericht war zu ersehen, daß auch im vergangenen Jahre ein Schritt nach vorwärts gemacht wurde. Wenn auch verschiedene kleinere Differenzen, welche ein Einschreiten der Lohnkommission erforderten, nicht immer in der nur wünschenswerten Weise erledigt werden konnten, sowie die Bemühungen, die Kollegen bei Niklas und Erich der Organisation wieder näher zu bringen, nicht mit Erfolg gekrönt wurden, so ist es doch gelungen, in der Brauerei Steinbach, welche schon Widerstand leistete, einen Tarif zur Anerkennung zu bringen. Abgelehnt wurden 11 Monats-Versammlungen, 2 8stündige und 14 Betriebs-Versammlungen. Es fanden ferner statt 8 Beratungen, 6 Lohnkommissions- und 2 Ausschuß-Sitzungen. Abgefertigt wurden 72 Briefe und 51 Postkarten. Die Einnahmen betragen 1819,50 Mk., die Ausgaben 841,25 Mk. in der Kasse, 978,25 Mk. wurden an die Hauptkasse abgehandelt. Die Einnahmen der erst im vergangenen Jahre gegründeten Lokalkasse betragen 279,32 Mk.; Ausgaben 212,27 Mk. Bestand 67,05 Mk. Bei Erledigung der Reuewahl wurde beschlossen, das Vertrauensmännchensystem abzuschaffen. In der lebhaften Diskussion wurde geltend gemacht, daß für gewählte Vertrauensmänner eine absolute Notwendigkeit nicht mehr vorhanden ist. Unter verschiedenen wurde noch das Einlösen einer Neuregelung unterzogen und soll zukünftig der gewählte Einlöser jedes Mitglied in der Wohnung selbst fassen, nachdem das Vertrauensmännchensystem abgeschafft ist. Der Vorsitzende wurde ferner ermächtigt, zureisenden hilfsbedürftigen Kollegen einen angemessenen Betrag aus der Lokalkasse zu gewähren. Nicht unterstützungsberechtigten Kollegen soll das Schlagsgeld bezahlt werden.

Frankfurt a. M. Die am 7. Januar bei sehr stattlicher Generalversammlung war sehr gut besucht. Wichtig gibt den Versammlungsbericht. Demselben ist zu entnehmen, daß das letzte Jahr eines der arbeits-, aber auch der erfolgreichsten in der Frankfurter Jahrestelle ist. Der Bericht wird gedruckt mit Anhang der Protokolle von den Tarifverhandlungen an die Mitglieder zum Geschäftspreis abgegeben. Den Kostenbericht gibt Laut. Nach demselben belaufen sich die Einnahmen im 4. Quartal auf 4365,40 Mk. An die Hauptkasse wurden abgeführt 2908,97 Mk. Im Berichtsjahre wurden an die Hauptkasse abgeführt 9621,43 Mk. Der Lokalkassenbestand ist am 1. Januar 1816,74 Mk. gegen 1582,95 Mk. am 1. Oktober. In der Diskussion glaubten einige Kollegen dem Vorstande wegen nicht korrekten Vorgehens in verschiedenen Fällen tabeln zu müssen, wurden aber von verschiedenen, in diese Sache eingeweihten Kollegen und vom Vorsitzenden eines besseren belehrt. Im allgemeinen waren die Anwesenden mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Nach der Vorstandswahl und Bestätigung der in den vorhergehenden Geschäftsversammlungen gewählten Vertrauensleute durch die Versammlung brachte Kollege Seidner Beschwerden über den Kollegen Wittmann im Falle der Arbeiter der Brauerei Dindig. Ein Antrag auf Ausschluß desselben wird zurückgewiesen, bis eine dazu einberufene Geschäftsbesprechung in Anwesenheit des Vorstandes die Angelegenheit genau untersucht hat. Eine Tagesversammlung für den aus Rußland durchreisenden Kollegen Perghammer ergab die Summe von 33,49 Mk.

Hann. In unserer am 6. Januar abgehaltenen Mitglieder-Versammlung erbat der Vorsitzende die Kollegen um tatkräftige Unterstützung im neuen Jahr und alles Persönliche aus dem Wege zu lassen. Darum ehrte die Versammlung das Verhalten des Kollegen Köhler in üblicher Weise. Die Abrechnung vom 4. Quartal konnte wegen plötzlicher Erkrankung des Kassierers nicht gegeben werden. Die Ausführung der Beiträge zur Einstellung des Kollegen Brülling wurde abgelehnt, da wir so schon 50 Pf. pro Woche bezahlen, und voraussichtlich der kommende Verhandlung eine Beitragserhöhung ausbringen wird. Der am 15. April 1906 ablaufende Tarif wurde gegen 2 Stimmen beschlossen zu kündigen. Angenommen wurde, am 21. Februar ein Fastnachtstranzchen abzuhalten. Ferner wurde im Besonderen das Benehmen des Herrn Braumeisters Jente der Brauerei Jserwed gegenüber den Verbandskollegen gerügt.

Hamburg. Unsere Generalversammlung vom 10. Januar war gut besucht. Nachdem der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal erstattet und ihm Decharge erteilt war, gab der Vorsitzende den Jahresbericht bekannt. Es fanden statt: 12 Versammlungen, 4 Vorstandssitzungen. Nach dem Kassierbericht betrug die Jahreseinnahme 1005,80 Mk., die Ausgabe 208,05 Mk. An die Hauptkasse wurden 767,75 Mk. abgeleitet. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres 1905 37. Es fanden 19 neue Aufnahmen und 6 Austritte statt, ausgetreten sind abgerufen sind 10, bleibt Bestand 52 Mitglieder. An Kranke, Arbeitslose und Reisenunterstützung wurden vorausgesetzt 88 Mk. Bei der Wahl wurde mit kleinen Änderungen die alte Vorstandskasse wiedergewählt. Hieraus ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, im neuen Jahre kräftig zu agitieren und forderte die Kollegen auf, die Arbeiterpresse zu abonnieren, denn sie sei die einzige Presse, welche uns bei wirtschaftlichen Kämpfen, sowie bei Differenzen unterstützt. Aufnahmen ließen sich drei neue Mitglieder. Sodann erfolgte die Abrechnung der Lokalkasse. In der Mitglieder-Versammlung vom 4. Januar 1905 wurde beschlossen, eine Lokalkasse zu gründen, der monatliche Beitrag wurde auf 10 Pf. festgelegt und war die erste Kasse im Februar zu bilden, geleistet sind 511 Mark = 51,10 Mk. Unser erstes Stimmrecht wurde am 11. November 1905 geübt, welches sehr gut besucht war, jedoch wir einen Uebertrag von 105,50 Mk. erzielten. Gesamt-Einnahme 156,60 Mk. Ausgabe 42,50 Mk. bleibt Bestand der Lokalkasse 114,10 Mk.

Heilbronn. Unsere am 6. Januar stattgefundene Generalversammlung war außerordentlich gut besucht. Nach dem Jahresbericht des Vorstandes haben im abgelaufenen Jahre 1 Generalversammlung, 11 Brauer-, 8 Bierführer-Versammlungen und 7 Ausschuß-Sitzungen stattgefunden, außerdem war eine Tarifkommission und eine Schiedsgericht-Sitzung notwendig. Die Versammlungen waren mittelmäßig, zum Teil ziemlich gut besucht. Der gegenwärtige Mitgliederbestand betrug 122. Differenzen waren in 3 Brauereien zu erledigen, von welchen die Hauptkasse die Schiedsgericht-Brauerei in 4 Fällen betraf. Wenn wir hier auch auf die einzelnen Punkte nicht näher eingehen wollen, so sei doch erwähnt, daß die genannte Brauerei den Tarif in verschiedenen Punkten zu umgehen suchte. Selbstverständlich dürfte auch ein Teil der dort beschützten Kollegen nicht ganz schuldig sein. Wir hoffen, daß dies in diesem Jahre besser wird und wir nicht diese Brauerei als die uns am meisten beschuldigende bezeichnen müssen. Für die übrigen Brauereien war das abgelaufene Jahr ein ruhiges, wenigstens war das Einschreiten der Ortsverwaltung nicht notwendig. Nach dem Kostenbericht, den der

Kassierer gab, betrug die Gesamteinnahmen 2617,79 Mk., die Ausgaben 1026,19 Mk., hiernon wurden an Krankenunterstützung 454 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 195 Mk. gezahlt; an die Hauptkasse wurden 1591,51 Mk. abgeleitet. Für die Ausgesparten im Rheinland wurden 151,10 Mk., für die Bergarbeiter 178,35 Mk. abgeleitet. Bei den hierauf erfolgenden Neuwahlen wurde die Gesamtvorstandskasse wiedergewählt. Zum 4. Punkt sprach Gen. Seidner in einflussigem Vortrag über die geplante Brauereierhöhung unter Berücksichtigung der Steuererhöhung im allgemeinen, sowie der immer fortwährend steigenden Lebenshaltung für die Arbeiter-schicht. Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen. Eine lebhafte Debatte zeitigte die Sozialbeitragsverhöhung, welche durch die geplante Anstellung eines Arbeitersekretärs notwendig wird. Als jedoch die Kollegen von der Notwendigkeit eines beratigen Instituts überzeugt worden, fand dieselbe einstimmige Annahme.

Süddeutsche. Die Mitglieder-Versammlung vom 30. Dezember war nicht zum besten besucht, trotzdem die Tagesordnung eine reichliche war. Aufnahmen hatten wir drei zu verzeichnen, dann gab der Vorsitzende den Bericht betreffs des Arbeitersekretariats. Nach diesem fand die Wahl des Gesamtvorstandes, der Revisoren, des Kartelldelegierten, der Lohn- und Beschwerdekommmission statt. Kollege B. ermahnte die anwesenden Kollegen, noch mehr als bisher Propaganda zu machen, daß die Mitgliederzahl sich vermehrt. Hinein in die Organisation, unterstützt die, welche für euch kämpfen.

Hof. Die am 7. Januar stattgefundene Versammlung war gut besucht. Vorsitzender Sch. gab den Tätigkeitsbericht des Vorstandes; dieser wies nach, daß das vergangene Jahr ein an Arbeit reiches war, trotzdem es ganz ruhig einfiel, denn die Lohnbewegungen waren nicht voraus zu sehen, sowie die Agitation, welche Arbeit hier am Ort, man kann sagen, von einer Person verrichtet wird. So wurden in diesem Jahre zur Organisation beigezogen die Kollegen von Hof, Markt-leuten, Schönmald und Marktledwig, sowie ein großer Teil von Hof. Die Mitgliederzahl stieg von 57 auf 127, und trotzdem fehlen noch Hunderte in der Organisation. Versammlungen fanden statt in Hof 18, 2 Geschäfts-Versammlungen und 4 Sitzungen, in Selbst 3 Versammlungen, in Heubach 8, in Markt-leuten 8 und 2 in Marktledwig. Ein Kartelldelegierter bei den Brauereibesitzern war in 3 Fällen nötig, 2 Fälle wurden brieflich behandelt. Lohnbewegungen fanden statt in Hof, Hof und Marktledwig. In den zwei ergebnislosen Orten wurden Tarife abgeschlossen, in Marktledwig ist nur eine Arbeitszeitverkürzung, sowie Lohnverhöhung erreicht worden. Postsendungen gingen 197 ein, Telefongespräche fanden 2 statt. Aufnahmen fanden 89 statt, zugereist sind 10 Mitglieder, austraten 4, abgereist 19, ausgeschieden wurden 5 und ein Mitglied ging durch Tod ab. Nach dem Kassierbericht gab der Vorstande. Die Gesamt-Einnahme beträgt 1582,50 Mk. Von den Ausgaben wurden 927,78 Mk. an die Hauptkasse geleistet, für Kranken-Unterstützung wurden 92 Mk., für Arbeitslosen-Unterstützung 213 Mk., Gesamregelten-Unterstützung 18,50 Mk., Ungehörten 15 Mk. vorausgesetzt. Der Vorstandsjahr wurde Decharge erteilt. Nach der Wahl der Dechargeverwaltung wurde eine Agitations-Kommission gewählt, damit der Vorsitzende mehr unterstützt wird. Der Vorsitzende teilt mit, daß zwar schon eine Agitations-Kommission bestanden habe, diese aber die größten Versammlungs-Schwäger waren, weshalb er diese nicht zur Arbeit beigezogen habe. Zum Schluß teilte der Bericht noch mit, daß auch in 2 Fällen Rechtshilfe erteilt wurde, und ermahnte er die Kollegen, sie möchten dieses Jahr die Versammlungen besser besuchen, denn es seien Kollegen hier, die in vergangenen Jahre überhaupt keine Versammlung besucht haben; die Mehrzahl habe bloß 4-5 Versammlungen besucht, sämtliche Versammlungen habe ein einziges Mitglied besucht, welches der Vorsitzende selbst sei. Nun, ihr Kollegen, geht ans Werk, helfe arbeiten an dem Bau, damit wir beim nächsten Jahresabschluss auch das zweite hundert Mitglieder in der Jahrestelle überschritten haben.

Karlruhe. In einer in Schrempfs Biergarten stattgefundenen Protestversammlung der Brauereiarbeiter gegen die geplante Brauereierhöhung wurde nach einem Vortrag des Redakteurs Beckmann und längeren Ausführungen des Kollegen Kauf, der Karte Vorlesenden Wolf und des Genossen Dwaal die Protestresolution einstimmig angenommen.

Kiel. Die Generalversammlung am 6. Januar war sehr gut besucht. Aufnahmen hatten wir 2 männliche und 1 weibliche. Die Vorstandswahl ergab keine Veränderung. Die Lohnkommission konnte berichten, daß der Kollege bei der Firma Behment wieder eingestellt worden ist und die Feiertage und Gehälter für die Kutscher der Hans Horn-Brauerei ausbezahlt werden. Sodann erstattete der Berichtende den Jahresbericht. Es wurden Briefe und Karten geschrieben: nach auswärts 47, am Orte 506. Mitglieder-Versammlungen wurden 12, mit Mejeraten 4 abgehalten, ferner 1 öffentliche Protestversammlung, Betriebs-Versammlungen 24. Lohnbewegungen fanden zwei statt (Wöhle und Behment), außerdem haben Hans Horn-Brauerei und G. Schiebel Nachf. den Tarif der Ring-Brauerei Kreis anerkannt. Die Lohnkommission ist 18 mal vorzeitig geworden, mit Erfolg in einem Falle, mit teilweisem Erfolg in zwei Fällen, ohne Erfolg viermal, außerdem dreimal in Verhandlungsangelegenheiten nach Preß. Für Streikunterstützung wurde in den letzten beiden Jahren abgeführt: Bergarbeiterstreik 1904: 623,38 Mk., Hamburger Brauereiarbeiterstreik: 1856,75 Mk., Streik in Rheinland-Westfalen: 842,87 Mk., außerdem noch 700 Mk. von der früheren Sektion I. Summa: 3523 Mk. Unter verschiedenen wurde die Löwen-Brauerei sehr kritisiert, daß nur eine schlechte Arbeitsstube und nur ein Kofset vorhanden sei, welches alle, Männer und Frauen, benutzen müssen. Ferner werden der richtige Wohnlohn und Ueberlöhne, sowie die 1,50 Mark Vergütung für die Nachtarbeit nicht ausbezahlt. Auch über die Hans Horn-Brauerei wurden eine Reihe Klagen geführt. Eine Frau erhielt ihre Entlassung, weil sie einen kleinen Fled im Gesicht habe. Die Frau war damit nicht zufrieden und ging zum Arzt. Dieser konnte die Frau nicht krank schreiben, weil gar nicht einmal was zu sehen war. Das nennt ein Internist einen Entlassungsgrund. Nebenbei beschwerten sich auch, die Bier-lager dieser Brauerei wegen schlechter Behandlung. Beschlossen wurde noch, die grünen Kontrollkarten beizubehalten.

Landshut. Eine von über 100 Brauereiarbeitern besuchte Versammlung tagte am 7. Januar im „Hofbräu“. Sämtliche Brauereiarbeiter waren vertreten, auch von Seiten der Bierführer. An Stelle des verhinderten Kollegen Schreuder sprach der Vorsitzende Sch. und Gemeindeführer Vorlesender Schwab. Über den auf die Ankerungen der Befürworter zu sprechen, welche aus dem, daß die Führer der modernen Gewerkschaften die Arbeiter aufhören. Aber daß die Verhältnisse der Brauereiarbeiter verbesserungsbedürftig sind, werden wohl auch die Befürworter wissen. Nichts anderes wollen wir, und nur eine Verbesserung zu erreichen, müssen sich die Arbeiter organisieren, wozu wir sie auffordern. Das ist doch sehr erklärlich und eine Aufgabe. Er ermahnte die Kollegen, daß es höchste Zeit sei, sich nun zu organisieren, und auch die Bierführer, damit auch sie im Tarif mit vertreten werden können. Er gab ferner den Kollegen ein starkes Wort über den Zustand des Verbandes und was dieser für die Brauereiarbeiter schon geleistet hat, und daß auch die hiesigen Befürworter noch Einwirkung des Tarifs schon teilweise von sich hören lassen, wie sie darüber denken. Es liegt nun an den Brauereiarbeitern, sie müssen sich alle dem Verband anschließen, je nachdem werden unsere Erfolge sein. Gewerkschaftsvorstand Schreuder sprach seine Freude aus über

die Verammlung, daß auch die Brauereiarbeiter zur Einsicht gekommen sind, daß nur durch die Organisation etwas zu erreichen ist. Er besprach die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse, daß bei der jetzigen Fleißsteuerung mancher Arbeiter sich hätte manches tun lassen können, aber er konnte es nicht, weil ihm die Mittel nicht einmal dazu reichten, seine Familie ordentlich zu ernähren. Ebenso kam er auf die Beitragszahlung zu sprechen, die niemand zu hoch scheinen dürfte, da sie ja in der Organisation gut angelegt würden. Er ermahnte die Kollegen, im Betriebe einig zu sein und nicht einer den anderen zu verlassen, wie es Judas gemacht hat. Die Diskussion, an der sich viele Kollegen beteiligten, war sehr lebhaft, und wurden noch verschiedene Mißstände erörtert. Ebert und Schwab forderten die noch fernstehenden Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen, denn jetzt ist ihnen Gelegenheit gegeben, damit ein geschlossenes Ganzes geschaffen wird, und die Arbeitgeber sehen, daß sie es mit einer Macht und nicht mit einzelnen zu tun haben, dann wird auch der Tarif ohne Beanstandung durchgesetzt werden können. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die so gut besuchte Versammlung. Es ließen sich 10 Kollegen in den Verband aufnehmen, meistens Bierführer, und ist dieses besonders erfreulich, daß auch diese nun zur Einsicht gekommen, daß das Heil der Arbeiter nur in einer starken Organisation liegt.

Magdeburg. Unsere Monatsversammlung vom 6. Januar war leider nur schwach besucht. Unser erster Vorsitzender, Kollege Büchner, rügte die Saumlässigkeit der Kollegen in dieser ersten Zeit. Zur Gründung einer Lokalkasse wurde beschlossen, eine Urabstimmung vorzunehmen. Die Einsetzung einer Agitationskommission wurde dem Vorstande überlassen. Ebenso wurde die Einsetzung zur Wahl einer Tarifkommission vorgenommen. Vom Vorsitzenden wurde die ungleiche Arbeitszeit bei gleichem Lohn in der Sudenburger Brauerei kritisiert. Neuauftakten fanden vier statt.

Münch. Am 7. Januar fand im Saale des Goldenen Pflegs die Protokollversammlung der hiesigen Brauereiarbeiter gegen die von der Regierung geplante Brauereiarbeitersteuer. Gen. Quint aus Frankfurt a. M. als Referent verstand es in seinen vortrefflichen Ausführungen, gestützt durch übersichtliches und verständliches Zahlenmaterial, die deutsche Finanzwirtschaft ins richtige Licht zu stellen, wie infolge der Unterbilanz durch die Ausgaben für Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik usw. immer neue Steuern erforderlich sind. Nicht genug, daß der im kommenden Frühjahr in Kraft tretende Zolltarif seine Schatten in Form der Erhöhung der Lebensmittelpreise längst vorauswarf, wo doch selbstverständlich die gesamte deutsche Arbeiterschaft der am meisten geschädigte Teil des Volkes ist, geht man noch dazu über, gestützt auf die bedauerliche, gewiß scharf zu verurteilende Interessenslosigkeit so vieler gleichgültiger Arbeitermassen, auch einen Gemenschuh in inländische Industriezweige in Gestalt von indirekten Steuern hineinzuwurfsen. Bezüglich der Einkommensteuer der deutschen Brauereiarbeiter, schärfte Redner, welche Folgen die geplante Biersteuer trotz Staßellung zeitigen werde. Scharfe Konkurrenzklämpfe, Fusionen, Monopolisierung, wodurch gewiß die maschinelle Technik immer mehr gelehrte Kräfte überflüssig machen werde — das können sich die Stelleninhaber, die den ungelerten Brauereiarbeiter als Konkurrenten bekämpfen, hinter die Ohren schreiben — erschweren nicht nur eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Brauereiarbeiter, sondern machen in wenigen Jahren Tausende von Berufsarbeitern brot- und ergebnislos. Unsere pflichtigen Herren Arbeitgeber verstehen es ja, nach Ausherrung eines Rainger Brauereidirektors, was ein Diskussionsredner speziell betonte, mit dem Strom zu schwimmen, mit anderen Worten, jede Mehrbelastung auf das konsumierende und nicht zu vergriffen auf das produzierende Volk von sich abzumwälzen. Eine Schlussfolgerung hieraus zu ziehen, appellierte Referent mit kernigen Worten an die Anwesenden: nicht nur das aller-notwendigste zu tun, das ist Mann für Mann für dem Brauereiarbeiterverband anzuschließen, sondern sich auch um den politischen Kampf mehr zu bekümmern, denn nur dann sind wir in der Lage, gegen eine noch weitere Ausnutzung des arbeitenden Volkes Front zu machen. Nachdem die beiden vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Resolutionen angenommen und der Vorsitzende die Anwesenden aufgefordert, das Gehörte und Angenommene zu beherzigen, fand die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Centralverband deutscher Brauereiarbeiter ihren Schluß.

Neubrandenburg. Am 10. Januar wurde im Gesellschaftshause eine Versammlung abgehalten, zu der sämtliche Kollegen erschienen waren. Angenommen wurde ein Kollege. Nach erfolgter Vierteljahrsabrechnung wurde vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß am Freitag, den 12. d. Mts., eine Kartellversammlung stattfindet, die von sämtlichen Mitgliedern besucht werden sollte. Als Bevollmächtigte wurden drei Kollegen gewählt. Ferner wurde beschlossen, daß jeden Mittwoch nach dem ersten jeden Monats eine Versammlung abgehalten werden solle. Vom Stillsitzgeheft wurde noch vorläufig Abstand genommen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, fest und trenn zusammen zu halten und die Organisation hoch zu halten.

Oschersleben. Die Versammlung vom 6. Januar war schwach besucht. Der Jahres- und Kassembereicht wurde entgegen-genommen. Decharge erteilt und dann die Neuwahl erledigt. Die Lokalkasse wurde zur nächsten Versammlung vertagt. Klage geführt wurde, daß ein Brauer Karl Kesse als Brauereiarbeiter auf der Vereinsbrauerei beschäftigt und mit 15 Mt. Wochenlohn, also unter Tarif bezahlt wird. Es ist der Direktion dringend zu empfehlen, den Tarif einzuschalten.

Birmensdorf. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 31. Dezember im Lokale des Herrn Jädel statt. Der Vorsitzende erstattete den Bericht über seine Tätigkeit im vergangenen Jahr und schilderte dasselbe als ein sehr ruhiges. Darauf erstattete der Kassierer den Bericht über die Kasse, welche von den Revisoren revidiert und für richtig befunden wurde, sodas ihm Decharge erteilt werden konnte. Nach der Wahl des Hauptvorstandes wurde fast einstimmig unser neues Lokal Jädel, „Zur Traube“, Schloßstraße, angenommen. Die Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat statt. Unter Verschiedenes ermahnte der Vorsitzende die anwesenden Kollegen zu reger Agitation und festem Zusammenhalt.

Kastatt. Eine ernstliche Mahnung an die Bierführer, sich ihrer Organisation, dem Brauereiarbeiterverband anzuschließen, bedeutet folgende Notiz in der hiesigen Presse:

„Der bei der Brauereifirma J. & Söhne (Hofbrauerei) bedienstete Bierführer J. Ph. aus B., der bedienstet war, bei Bünden seiner Firma Anstände einzuziehen, erhob am 24. und 25. November bei Wirten in Dornheim und zu a. Mh. verschiedene Selbstbeträge, zusammen 151,06 Mt. Mit diesem Gelde verschwand Philipp heimlich aus Kastatt. Er kam aber nicht weit, denn er wurde schon bald darauf verhaftet. Das G. L. d. h. hatte er bis auf 63 Mt. verbraucht. Heute wachte Philipp sich wegen Antrags vor dem Landgericht Karlsruhe verantworten. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis, abzüglich 1 Monat Unterhaltungslohn.“

Die Presse meldet nicht, und hat wohl auch das Gericht darauf keine Rücksicht genommen, welches wohl die Ursache dieses Vergehens gewesen sein wird, wegen dessen dieser Kollege eine so schwere Strafe erlitt. In der Hofbrauerei erlitten die Bierführer bei einer Arbeitszeit von 16 bis 18 Stunden täglich einen Lohn von 65—75 Mt. monatlich. Man kann sich leicht vorstellen, daß das Vergehen

eine Folge des sehr ungenügenden Lohnes ist, die Not ihn dazu getrieben hat. Das Schicksal ist noch in der Hofbrauerei, wenn die Bierführer angeblich zu spät nach Hause kommen oder die Pferde warm haben, so bekommen sie als Vergütung eine Tracht Prügel. Und die Kollegen lassen es sich gefallen, sie fühlen sich anscheinend wohl in diesen Verhältnissen, denn sie waren noch nicht dafür zu haben, in unsere Versammlungen zu kommen, wo der Vorstehende schon mehrmals über solche Fälle gesprochen hat, und sich dem Verband anzuschließen. Bierführer, wachst jetzt endlich auf, tretet dem Verband bei, damit euer Lohn erhöht, eure Arbeitszeit verkürzt werden kann, daß nicht einer oder der andere auch in die Lage kommt, wie dieser Kollege. Seht hin nach den Bierführern in Rostbräu, wie zahlreich diese sich unserem Verband anschließen haben, er scheint in der nächsten Versammlung im „Rappen“ und schließlich auch dem Verband an, kann nur durch den Verband Lohn verbesserung werden.

Speyer. In der Protokollversammlung am 5. Januar sprach Gausletter Thierer über: „Die geplante Brauereiarbeitererhöhung und ihre wirtschaftlichen Folgen für die Brauereiarbeiter“. Er führte dabei aus, daß die Regierung dieses Jahr bei Beginn des Advents die gesteuerte Steuererhöhung bezog, und eine Weihnachtsgabe in Gestalt der Brauereiarbeiter zu bejahen. Von 1876 bis heute hätten wir es auf 3/4 Milliarden Schulden gebracht. Mit der Erbschaftsteuer ist Referent einverstanden, er würde sie gerne bezahlen, wenn er dazu in die Lage käme. Die Tabaksteuer würde speziell in Süddeutschland in verkehrendem Maße, durch Annahme derselben würden Kaufleute von Arbeitern brotlos. Herr v. Stengel wählte aus der Biersteuer 60 Millionen mehr herauszuschlagen. Redner wählte Beispiele von zwei größeren Brauereien aus, hier sei die Wirkung der geplanten Brauereiarbeitererhöhung eine Aufhebung der Besizenden für die Unternehmer. Wie aber steht es mit den Arbeitern? Die Praktiken, die die Unternehmer anwenden, um sich schadlos zu halten, würden zum Nachteil der Arbeiter ausfallen. Die technischen Fortschritte im Maschinenwesen und die mäßige der Steuererhöhung unausbleibliche Minderung im Konsum werde unbedingt auch eine bedeutende Zahl von Arbeitern brotlos machen. Von den verheerenden Wirkungen im Brauergewerbe durch die neue Steuer könne man sich keinen Begriff machen. In der Pfalz seien nach Einführung der Maßsteuer 122 Brauereien eingegangen. Die Verringerung des Bierkonsums bedeute auch eine Verringerung des Malzverbrauchs, dadurch würden auch Mälzereiarbeiter brotlos. Der Referent kommt dann auf die jetzigen hohen Lebensmittelpreise und auf die hohen Mietpreise der Wohnungen zu sprechen, welche erstere mit Einführung der neuen Pölle eine weitere erhebliche Steigerung erfahren würden. Und wenn heute die Arbeiter infolge dessen mit Erhöhung der Arbeitslöhne oder Verkürzung der Arbeitszeit kämen, so sage man ihnen, daß sie die bestbezahlten Arbeiter seien. Bezüglich der Tarifverhandlungen meint Redner, daß es jetzt schwer sei, solche zu erreichen, da die Unternehmer sich auf die neue Steuer berufen würden. Eine Brauerei nur und zwar in Worms habe Lizenzzulage gegeben, diese aber sei nicht notwendig gewesen, da die dortigen Löhne sehr niedrige sind. Der preussische Finanzminister v. Heinemann habe erklärt, 63 Prozent der Arbeiter wären imstande, Steuern zu bezahlen; das zeige eine Diplomatie, wie man sich keine dümmere denken könne. Dies sei der reinste Hoch auf die preussischen Arbeiter. Weiter erklärte Herr v. Heinemann, die Gewerkschaftler würden ein großes Geschrei machen, wenn sie, wie zu ihrer Gewerkschaftszeit, 20 Mt. Steuern bezahlen müßten. Redner wählte die Versammlung fragen, ob die Arbeiter nicht mehr Kulturwerke schenken könnten, als diejenigen, die 3/4 Milliarden Schulden dem Reiche aufbürdeten. Der Herr hätte besser geschwiegen. — Die Arbeiter hätten ihre Kräfte nicht zerplittern, sondern sie müssen sich vereinen, um geschlossen dem Unternehmertum gegenüberzutreten zu können. Es müsse gegen die geplante Brauereiarbeitererhöhung Protest erhoben werden, da sie eine Schädigung der Arbeiter im großen Maße darstelle. Redner schloß: Deshalb zusammenhalten, eineinig und wir nichts, einig alles! Die Protokollresolution wurde einstimmig, die Resolution für Zusammenhalt der Brauereiarbeiter gegen einige „Christliche“ angenommen. Es folgte noch eine lange Diskussion, in welcher u. a. auch die christlichen Gewerkschaften beleuchtet und die der Organisation fernstehenden zum Beitritt aufgefordert wurden. Die „Pfälzische Post“ als dasjenige Blatt, das allein die Interessen der Arbeiter vertritt, dürfte in keiner Arbeiterfamilie fehlen.

Trier. In der Brauerei Funck u. Brecher, Burgunburg l. Grund, ist die Arbeitszeit von morgens 5 Uhr bis abends 6 1/2 Uhr, auch wird es manchmal 7 Uhr. Pausen sind: 20 Minuten Kaffee, 1/2 Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag und 1/2 Stunde Vesper. Die Pausen sind wohl angelegt, werden aber sehr unregelmäßig eingehalten. Es kommt vor, daß die Kollegen bis 8 Uhr arbeiten müssen, ehe sie zum Kaffee gerufen werden. Der Lohn beträgt monatlich 48 Mt., wovon noch das Krankengeld abgezogen wird. Auch findet die Entlohnung sehr unregelmäßig statt. Es kommt vor, daß die Kollegen oft einen halben Monat länger warten müssen, als der festgesetzte Termin ist. Außerdem müssen die Kollegen in dem Geschäftessen und schlafen. Das Essen ist oft mangelhaft. Als ich einmal ein Kollege bei der Brauerei besuchte, bemerkte wegen des Essens, bekam er folgende Antwort: „Was erlauben Sie sich eigentlich, andere Brauereien geben nur ein kleines Würstchen und hier war bis jetzt immer alles zurrieden.“ Trotzdem schon viele Kollegen wegen des Essens aufgehört haben. Zum Frühstück gibt es ein Würstchen, zum Vesper ein Stück Brunsburger; Wert 3 Pf. Der Mälzer muß jeden Sonntag arbeiten, Unterschied gibt es keinen. Sonntags wird bis 11 Uhr gearbeitet, es wird aber kein Frühstück verabfolgt. Auch fehlen noch Badeeinrichtung und Trockenschrank. Der Schälender ist in sehr mangelhaftem Zustande. Die Decken von 20 Pferden werden dahelbst getrocknet. Waschen müssen sich die Kollegen im Schwankhahnraum. Diese Mängelstände müssen mit aller Energie durch die Organisation bekämpft werden.

Tübingen. Die Versammlung vom 7. Januar war gut besucht, doch fehlten immer noch einige. Aufnahmen ließen sich einige Kollegen von Rottenburg, deren Arbeitgeber (zu den drei Königen) erklärt hatte: wenn sie dem Verband beitreten, könnten sie morgen alle liegen bleiben, was die Kollegen aber nicht schrecken konnte. Von der Ottrichischen Brauerei, Tübingen, wurde geflagt, daß die Verhandlung nach dem Tarif von seiten des Brauereibesizers zu wünschen übrig läßt. Auch wurde ihnen der Abtritt verweigert und wird von der Brauereileitung verlangt, daß die Arbeiter ihr Bedürfnis in der Freizeit befriedigen sollen so noch vieles weiter. Von der Schloßbrauerei wird geflagt, daß die Arbeitszeit nach dem Tarif nicht eingehalten wird, besonders die Sonntagsarbeit, daß die immer nach der bestimmten Zeit noch mit Wagenziehen eine halbe Stunde länger betrieben wird, und daß der dortige Kaffee doch 10 Bierzeichen bekommt, wo bloß 4 vorgeschrieben sind, er sich dafür besonders in der Flaschenwisch der Kautereien gegen die organisierten Kollegen beschleife, obwohl es ihn nichts angeht. In der Brauerei Waidbrunnle läßt der Brauereibesitzer die die Abfüller nicht ablassen über Mittagzeit. Der dort beschäftigte unorganisierte Köcher Vorrat braucht Sonntags nicht zu arbeiten, dagegen hat der organisierte Mälzer keine Dienstadt. Von der Brauerei Marquard fehlten drei Kollegen, die glauben, sie seien beleidigt worden. Wenn sie die „Brauereiarbeiter“ lesen, sollten sie wissen, daß der Versammlungsbesuch wichtiger ist. Zum Zwecke einer besseren Agitation wurde

eine Agitationskommission von 4 Mann eingesetzt, um alle Brauereiarbeiter für den Verband zu gewinnen.

Weimar. Generalversammlung vom 6. Januar. Nach dem Jahresbericht fanden 13 Versammlungen, 4 Geschäftsbesprechungen und 1 Vorstandsitzung statt. Die Zahl der Mitglieder beträgt 51. Die Einnahmen betrugen 130. Nach dem Kassenericht betrug die Einnahme 1113,60 Mt., die Ausgabe 499,90 Mt., darunter 185 Mt. Kranen- und 62 Mt. Kasse-Annerstützung. In die Hauptkasse wurden 663,70 Mt. gesandt. Die Lokalkasse hatte inkl. Bestand von 253,83 Mt. eine Einnahme von 497,28 Mt., Ausgabe 156,19 Mt., Bestand 341,09 Mt. Dem Gesamtvorstand wurde Entlastung erteilt. Nach Erledigung der Neuwahl und Erstattung des Kartellberichts wurden nach der Präsenzliste die Versammlungsbesprechungen bekannt gegeben. Es haben Kollegen 8—10 mal gefehlt. Der Vorstehende ersucht, im neuen Jahre die Versammlungen besser zu besuchen und sollte jeder agileren, um in nächster Zeit alles im Verband zu haben; der Vorstand allein kann es nicht machen.

Witten. Die Protokollversammlung vom 7. Januar war nur von 48 Mann besucht. Der Referent Kollege Franz bedauerte eingangs, daß bei einer so wichtigen Tagesordnung noch ein sehr großer Teil der Berufs Kollegen fehlt. Redner wies auf die Fleißsteuerung, wie die Herren am grünen Tisch es ganz ausgezehnet verstehen, dem armen Mann seine Lebensmittel und sonstige zum Leben nötige Mittel zu verteuern, zu entziehen. Von diesem Bestreben sei auch die jüdische Brauereiverwahrung diktiert, denn die Unternehmer seien viel zu gut organisiert, als daß sie die Lützen auf sich nehmen würden. Hieran müßten sich auch die Brauereiarbeiter ein Beispiel nehmen, sich ebenfalls so gut zu organisieren, um sich gegen alle Schädigungen schützen zu können. Was für Kolonien und Skotte verpachtet wird, soll jetzt zum großen Teil die Brauindustrie bezah'n. Die Lasten tragen aber die Konsumenten und die Arbeiter. Die kleinen Brauereien können die Steuern nicht anbringen, sie müssen ihre Arbeiter entlassen und ihre Kundschaft an die Großbrauereien abgeben, welche aber die entlassenen Arbeiter nicht mit übernehmen. Danach fragen aber die Herren am grünen Tisch nicht, wenn Tausende Arbeiter brotlos werden. Die Großbrauereien sind nicht gewillt, die Arbeitszeit zu verkürzen, wohl aber die Arbeiterfräfte zu verringern. Die Arbeiter aber können die Beiträge für die Organisation, in der sie ihre Interessen vertreten könnten, sie lassen sich von den Unternehmern das Koalitionsrecht nehmen, sie überlassen es diesen, den § 152 der Reichsgewerbeordnung für die Arbeiter außer Kraft zu setzen. Und wie handeln die Unternehmer gegen die Arbeiter, die sich diese Rechtsverletzung nicht gefallen lassen? Dr. Creutzbauer wachte schon im Oktober 1904, daß die Aussperrung kommen „müßte“, und zwar, wie geplant, im Frühjahr 1905. Das Unternehmertum hat es verstanden, sich leistungsfähige Organisationen zu verschaffen, viele Arbeiter haben bis jetzt noch nicht die Fähigkeit, zu beweisen, daß sie das gleiche tun müssen. Diese haben von den Unternehmern noch viel zu lernen, und das werden sie hoffentlich jetzt, wo man von Unternehmerseite allerlei Ausperrungssysteme propagiert, nach dem W. G. und nach der Arbeiterklasse usw., und wo man von seiten der Regierung wieder bemüht ist, die Lebenslage der Arbeiter zu verschlechtern, Tausende von ihnen ergebnislos zu machen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, wie die von Dr. Creutzbauer in der Köfner Versammlung der Brauereibesitzer entwickelte Mächigkeit auf die Brauereiarbeiter so sehr auf seinen Läten im W. G. verpönt steht. Mitgeteilt wurde auch, wie in der Brauerei Mülser, Langendreer, die um Arbeit Nachsuchenden bis auf die Kieren ausgefragt werden, ob sie im Verband sind oder nicht. Ist erstere der Fall, so ist keine Arbeit da. Im letzteren Fall müssen sie erklären, sich in den „Bund“ aufnehmen zu lassen. Dieser unverschämte Terrorismus wird immer noch weiter geübt. Die beiden Resolutionen wurden einstimmig angenommen und mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung geschlossen. Wenn die Mitgliederversammlungen auch so gut besucht werden, was zu erwarten ist, dann wird die Zahlstelle Witten vorwärts kommen.

Wärzburg. Die Generalversammlung war einigermaßen gut besucht, aber Pünktlichkeit fehlte noch. Zwei ließen sich aufnehmen. Die Neuwahl machte große Schwierigkeiten. Diese Interessenlosigkeit ist es auch, daß die Organisation hier, wo es doch so notwendig ist, nicht recht vorwärts kommen will. Jeder meint, die Agitation mache sich allein. Mein Kollege, jeder muß Hand anlegen und mitwirken in der Agitation, wo er nur kann. Am Schluß kritisierte der Vorsitzende die Vorkalten der Kollegen vom Hofbrauhaus, die, seitdem sie aufgebessert worden sind, bereits alle dem Verbande den Rücken gekehrt haben, und von einer Versammlungsbesuch abstrahieren bei keinem Kollegen mehr die Rede ist. Jedenfalls ein betrübendes Zeichen für diese Kollegen selbst, die ihre verantwortliche Handlungswelt wohl nicht zu begründen schienen. Sie werden zu gelegener Zeit den Dank dafür ernten, der ihnen nicht unangenehm sein wird.

Deutsche Heimarbeit-Ausstellung.

Am 17. Januar wird in den Räumen der Alten Akademie, Unter den Eichen 33, Berlin, eine Ausstellung von Erzeugnissen der Hausindustrie in Deutschland eröffnet, zu deren Besuch die Unterzeichneten im Namen des Kartatoriums einladen.

Die Entwicklung der modernen Industrie hat nicht nur die Konzentration des Fabrikeriebes gefördert, sondern auch eine Ausbreitung der Heimarbeit in früher ungenutzten Maße bewirkt. Kaum ein Gebiet gewerblicher Heimarbeit ist heute ohne Hausindustrie, die sich ebenso in verkehrsfähigen Gebirgsdörfern wie in den Hinterhäusern überfüllter Großstädte angesiedelt hat.

Nach vielen Hunderttausenden zählt diese Heimarbeitersbesitzerung, die ganz überwiegend in den elendesten Verhältnissen dahinklebt. In engen Räumen zusammengedrängt, mühen sich hier die Familien vom grauen Morgen bis tief in die Nacht hinein um ein kärgliches Brot. Schwache Weibe und Kinder im zartesten Lebensalter müssen arbeiten, damit eben nur das nackte Dasein gesichert wird. Lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, unsichere und ungesunde Verhältnisse sind, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, die Regel.

Und nicht nur leben die Heimarbeiters selbst in Not und Jammer, sondern sie verflechten durch ihren Wetbewerb vielfach auch die Arbeitsbedingungen ihrer Kameraden im Fabrik und Werkstatt und bedrohen durch Waren, die in der Herstellung von Kranken oder durch Verwundete selbst angefertigt sind, die Gesundheit ahnungsloser Käufer.

Der Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung des Reichs sind bisher kaum an die Sorgen der Hausindustrie gedrungen. Ja, es ist Tatsache, daß die Regelung der Fabrikarbeit und die Kosten der Sozialversicherung dazu beigetragen haben, daß eine und immer breitere Gebiete der Heimarbeit der Hausindustrie verfallen, deren Arbeiter des staatlichen Schutzes und der staatlichen Versicherung entbehren.

So mächtigt sich die Heimarbeit immer stärker zu einem schweren Schaden an unserem Volks- und Wirtschaftsgüter aus, der dringend der Heilung bedarf. Diese herbeizuführen, ist die Schicksalsfrage der Heimarbeiters aufzustehen. Auch Mitgefühl und Unterstützung der Wohlhabenden versagen hier. Das Reich, der Staat müssen einschreiten. Auf dieses Ziel will die Deutsche Heimarbeit-Ausstellung hinwirken. Sie ist entstanden und vorbereitet durch die gemeinsame Arbeit von bürgerlichen Sozialpolitikern der verschiedensten

